



Region Hannover

Der Regionspräsident

01.01 Team Steuerungsunterstützung

► **Nr. 0258 (IV) AaA**

Hannover, 3. Februar 2017

## Antwort auf Anfragen

*öffentlich*

Gremium	geplant für Sitzung am	Be-schluss		Abstimmung		
		Laut Vor-schlag	abwei-chend	Ja	Nein	Ent-hal-tung

## Förderung interventionistischer Gruppen im Zusammenhang des "Kampfes gegen Rechts"

### Anfrage der AfD-Fraktion vom 25. Januar 2017

#### **Sachverhalt:**

Für den 27. Januar 2017 hatte die Alternative für Deutschland in einem Gasthaus in Springe die Räumlichkeiten für eine Parteiveranstaltung gebucht.

Eine Organisation namens „Aktiv gegen Rassismus – Solidarisches Netzwerk (Hannover)“ erlangte hiervon Kenntnis und richtete einen offenen Brief an den Wirt des Gasthauses.

Durch die sprachliche Form dieses offenen Briefes wurde versucht, eine Tatbestandsmäßigkeit im Sinn des § 240 I StGB zu vermeiden. Gleichwohl wurde dem Wirt die „eindringliche Bitte“ vorgetragen, der AfD die Räumlichkeiten zu stornieren, widrigenfalls er eine Demonstration vor dem Gasthaus zu erwarten hätte.

Der Wirt kooperierte daraufhin, stornierte, und meldete entsprechenden Vollzug auf der Facebook-Präsenz des Netzwerks. Dieses Wohlverhalten wurde mit der Rückmeldung beantwortet, dass eine Demonstration nun entfallen könne.

#### **Bewertung:**

---

Mit Blick auf die Aktivitäten der Organisation „Aktiv gegen Rassismus – Solidarisches Netzwerk“ erkennt der Fraktionsreferent eine starke Exposition der „Grünen Jugend Niedersachsen“.

Die Prüfung der Facebook-Präsenz von „Aktiv gegen Rassismus“ sowie das eigene Erleben einer Störaktion im Sommer 2016 während des Kommunalwahlkampfes lassen gesichert auf das Engagement mindestens des Vorstandsmitgliedes Liam Harrold schließen.

Dessen Einlassungen auf der Netz-Präsenz sowie die politisch-ideologischen Grundsätze, die auf der Website des Landesverbandes der Grünen Jugend Niedersachsens dargestellt werden, indizieren eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit für ein noch erheblich zahlreicheres Wirken von Mitgliedern im Rahmen des Netzwerkes und damit manchmal günstigstenfalls noch an der Grenze strafrechtlicher Relevanz.

### **Fragen:**

Vor diesem aktuellen Hintergrund - und mit Blick auf das Mitregieren der GRÜNEN in der III. Sitzungsperiode der Regionsversammlung – möchten die neun Abgeordneten der Alternative für Deutschland wissen:

Fördert die Region Hannover den „Kampf gegen Rechts“, indem sie Organisationen öffentliche Mittel zuweist, deren Zielsetzung es ist, durch „direkte Aktion“ und „interventionistisch“ eine Konfrontation mit „Rassisten“ und „Faschisten“ zu suchen ?

Die Region Hannover fördert keine Organisationen, die Konfrontationen jeglicher Art suchen.

In den Städten und Gemeinden der Region Hannover leben Menschen aus über 170 Nationen friedlich zusammen. Durch die Vielfalt wird das Zusammenleben bereichert. Durch Toleranz, Akzeptanz, Respekt und gegenseitiges Vertrauen treten wir zusammen für unsere demokratischen Werte ein. Die Region Hannover widersetzt sich Vorurteilen und Diskriminierung jeglicher Art und fördert die politische Partizipation. In der Region Hannover soll sich jeder unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Ethnie, Nationalität, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung, Einkommen und Identität wohl und Zuhause fühlen. Jede und jeder hat das Recht, sich auf Basis unserer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung frei entfalten zu dürfen.

Die Regionsversammlung hat am 24. März 2009 die Resolution gegen Rechtsextremismus in der Region Hannover beschlossen. Des Weiteren wurde am 29. Juli 2014 die

Charta der Resolution gegen Rassismus „Bunt gegen Braun“ von der Regionsversammlung beschlossen und unterzeichnet.

Die Regionsverwaltung beteiligt sich an regionsweiten Bündnissen und Aktivitäten gegen Rechts. Darunter fallen unter anderem Vernetzungen, Aktionswochen, Veranstaltungen, Ausstellungen sowie die Vermittlung von Beratungen und Schulungen.

Im Bündnis „bunt statt braun“ ist die Region Hannover vertreten. In den Jahren 2015, 2016 und 2017 beteiligt(e) sich die Region Hannover an den „Internationalen Wochen gegen Rassismus“, organisatorisch und finanziell. 2016 unterstützte die Region Hannover die erstmalig stattfindende „Woche gegen Rechts – Für Demokratie“ (27.05.2016-03.06.2016).

(<http://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Soziales/Integration-Einwanderung/Stelle-für-Demokratiestärkung-und-gegen-Rechtsextremismus/Bündnis-gegen-Rechtsextremismus/Woche-gegen-Rechts-für-Demokratie>)

2017 wird ebenfalls eine Woche gegen Rechts stattfinden, voraussichtlich im Oktober. Auch hier ist die Regionsverwaltung in die Vorbereitungen eingebunden.

Auf hannover.de unter Bürgerbeteiligung und Engagement hat die Region Hannover eine Internetpräsenz erstellt mit dem Titel „Für Vielfalt – gegen Rechtsextremismus“. Auf einer virtuellen Karte sind Institutionen verzeichnet, es werden Informationen und Links zum Thema bereitgestellt und auf Veranstaltungen verwiesen.

(<http://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Politik/Bürgerbeteiligung-Engagement/Für-Vielfalt—gegen-Rechtsextremismus>)

Neben Veranstaltungen, Bündnissen und Vernetzung besteht ein ständiger Informationsaustausch mit den Behörden zum Thema Rechtsextremismus. Netzwerke und Kontakte zum Landespräventionsrat (LPR), der Stelle für Demokratiestärkung – gegen Rechtsextremismus, Antidiskriminierungsstelle der Landeshauptstadt Hannover (LHH), der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG), Kriminalpräventionsrat der LHH, Amadeu-Antonio-Stiftung, Bildungsverein und weiteren werden gepflegt.

Inhouse-Schulungen – beispielsweise zu den Themen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Geschichtsrevisionismus (Reichsbürgerinnen und Reichsbürger) – werden von externen sachkundigen Stellen (Verfassungsschutz, Landeskriminalamt, Landespräventionsrat) durchgeführt.

Weitere Aktivitäten zur Demokratiestärkung und politischen Bildung übernimmt die Gedenkstätte Ahlem. Sie ist ein einmaliger Lern- und Erinnerungsort in Deutschland, der sowohl die „jüdische Kultur und Hoffnung, aber auch die spätere Ausgrenzung, Verfolgung und Vernichtung bezeugt.“ Als ehemalige jüdische Gartenbauschule, gegründet 1893, wurde sie ab 1941 für Deportationen, Hinrichtungen und als Gefängnis missbraucht. Heute befindet sich im Haus und auf dem Außengelände eine der modernsten historischen Ausstellungen Hannovers. Die Gedenkstätte zeigt sowohl die Geschehnisse während der Zeit des Nationalsozialismus als auch die Geschichte der Gartenbauschule ab 1893 sowie die Entwicklung nach der Befreiung 1945. Neben ihrer Dauerausstellung bietet die Gedenkstätte Vorträge, Lesungen, Kinovorführungen und weitere Veranstaltungen an. Darüber hinaus gibt es ein pädagogisches Angebot aus Führungen, Workshops und Projekten insbesondere für Schulen. Ferner wird ein großes Medienangebot vorgehalten. (<http://www.hannover.de/Kultur-Freizeit/Architektur-Geschichte/Erinnerungskultur/Gedenkstätte-Ahlem/Ein-einmaliger-Ort,-der-Brücken-baut>)

Die Koordinierungsstelle Integration unterstützt Projekte für Toleranz, Gleichberechtigung und gegen Diskriminierung.

Neben den Aktivitäten gegen Rechts unternimmt die Region Hannover vielfältige Maßnahmen zur Demokratiestärkung und politischen Bildung. Für diverse Zielgruppen werden passgenaue Veranstaltungen angeboten. Dabei geht es um die Vermittlung von Kommunalpolitik und Partizipationsmöglichkeiten.

(<http://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Bildung/Politische-Bildung-der-Region-Hannover>)

**Anlage(n):**  
keine